



Victoria Büsch, Jürgen Dorbritz, Thorsten Heien und
Frank Micheel

Weiterbeschäftigung im Rentenalter

Wünsche – Bedingungen – Möglichkeiten

Bemerkung

Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung gibt die unregelmäßig, nach Maßgabe des anfallenden Materials erscheinende Reihe „Materialien zur Bevölkerungswissenschaft“ heraus, eine Sammlung von Schriften sehr heterogener Natur, deren wesentliches Kennzeichen es ist, dass sie Arbeitspapiere und Informationen zur Verfügung stellt, die von aktueller Bedeutung sein können. Die Reihe enthält Berichte über wissenschaftliche Konferenzen, bevölkerungswissenschaftliche Materialsammlungen, Gutachten zu Bevölkerungsproblemen, Vortragsmanuskripte und anderes. Schriften von besonderer Bedeutung innerhalb dieser Reihe werden als Sonderhefte veröffentlicht. Das vorliegende Material, das an bevölkerungswissenschaftlichen Fragen Interessierten nützlich sein kann, soll in möglichst kurzer Zeit einer begrenzten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Die „Materialien zur Bevölkerungswissenschaft“ sind daher nicht mit den anderen Veröffentlichungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung zu vergleichen. Die unverbindlichere Form der Materialsammlung impliziert, dass die in dieser Reihe zusammengestellten Beiträge nicht in jedem Fall die Ansichten des herausgebenden Instituts wiedergeben.

Note

At irregular intervals, and as the relevant material is becoming available, the Federal Institute for Population Research issues the series "Materialien zur Bevölkerungswissenschaft" (Materials on Demographic Questions), a collection of papers of a highly heterogeneous nature, its characteristic feature being that it provides under a plain appearance working papers and information which may be of topical interest. The series comprises reports of scientific conferences, collections of demographic material, expert opinions on population problems, manuscripts of papers presented, and the like. Papers of particular importance within this series are being published as special issues. The presented material, which may be of use to persons interested in demographic questions, is to be made available to a limited public within as short a time as possible. Therefore, the "Materials on Demographic Questions" cannot be compared with the other publications of the Federal Institute for Population Research. The rather noncommittal form of the compilation of the material implies that the contributions in this series do not in every case reflect the opinion of the issuing Institute.



Bundesinstitut
für Bevölkerungsforschung

Weiterbeschäftigung im Rentenalter

Wünsche, Bedingungen, Möglichkeiten



Inhalt

Projektbericht zum Survey

„Weiterbeschäftigung im Rentenalter – Wünsche, Bedingungen, Möglichkeiten“	5
1.1 Sachverhalt.....	5
1.2 Datenbasis.....	5
1.3 Beschreibung der Stichprobe	5
1.4 Hauptergebnisse.....	6
1.5 Wertung der Ergebnisse und politische Implikationen.....	8
1.6 Weitere Vorgehensweise.....	10

Methodenbericht TNS Infratest mit dem Fragebogen der Haupterhebung..... 11

Vorbemerkung..... 13

1 Untersuchungskonzeption 14

1.1 Grundgesamtheit	14
1.2 Stichprobe.....	14
1.2.1 Ausgangslage	14
1.2.2 Stichprobenbasis: InfraScope.....	14
1.2.3 Stichprobenziehung	16
1.2.4 Erhebungsmethode: CATI	17

2 Feldarbeit..... 18

2.1 Interviewerschulung.....	18
2.2 Feldverlauf	18
2.2.1 Pretest	18
2.2.2 Haupterhebung	19

3 Datenprüfung und -gewichtung 22

3.1 Prüfung	22
3.2 Gewichtung.....	22

Anhang I: Interviewerhinweise

Anhang II: Fragebogen der Haupterhebung.....

Anhang III: Abkürzungsverzeichnis

Häufigkeitsauszählung „Weiterbeschäftigung im Rentenalter“ 47

1. Projektbericht zum Survey „Weiterbeschäftigung im Rentenalter – Wünsche, Bedingungen, Möglichkeiten“

1.1 Sachverhalt

Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung ist vom Bundesministerium des Innern beauftragt worden, die Bereitschaft zu einer Weiterbeschäftigung im Rentenalter und die dazu gewünschten Bedingungen und Formen zu untersuchen. Die Ergebnisse sind am 25. Juni im Rahmen eines Workshops mit Vertretern der Bundesressorts und Kollegen aus Forschung und Praxis diskutiert worden. Das Bundesministerium des Innern war durch Herrn MinDirig Seitz vertreten, der auch die Veranstaltung eröffnete.

1.2 Datenbasis

Dazu sind im Auftrag des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung durch Infratest im Jahr 2008 repräsentativ für abhängig Beschäftigte, sprich: Arbeiter und Angestellte sowie Beamte¹, in Deutschland 1500 Frauen und Männer in der Altersgruppe von 55 bis unter 65 Jahren mit einem standardisierten Fragebogen interviewt worden. Nicht befragt wurden Personen, die zum Zeitpunkt der Befragung faktisch ihre Arbeitskraft aus unterschiedlichen Gründen (Ruheständler, Arbeitslose, Saisonkräfte, Kurzarbeiter, aber auch Erwerbstätige, die sich in der Altersteilzeit in der Freistellungsphase befinden) nicht (mehr) zur Verfügung stellten. Auch Selbständige wurden für die Fragestellung nicht betrachtet, da es sich um eine besondere Gruppe in Bezug auf das Erwerbsverhalten und auf die die rentenrechtlichen Regelungen handelt. Für die späteren Ergebnisse ist bereits an dieser Stelle festzuhalten, dass die Stichprobe selbst keinen repräsentativen Schnitt durch die ältere Bevölkerung darstellt. Der Fragebogen ist durch das BiB in Zusammenarbeit mit der SRH Hochschule Berlin (auf der Basis eines Kooperationsvertrages) und Infratest entwickelt worden. Die Grundgesamtheit beträgt ca. 3,8 Millionen Personen.

1.3 Beschreibung der Stichprobe

- Altersaufbau der Befragten: ca. 75% der Befragten waren unter 60 Jahre alt, von den 1.500 Befragten waren 44,5 % der Personen weiblich.
- Verfügbares monatliches Einkommen: hier schlägt sich die eingangs erwähnte Selektivität der Befragten deutlich nieder. Die Einkommensverteilung der Männer ist rechtssteil, die größte Ausprägung mit 37,5 % (der Männer) ist in der höchsten Einkommensklasse (3.000 Euro und mehr) zu finden. Bei den Frauen sind tendenziell ebenfalls die höheren Einkommensgruppen stärker besetzt. Die größte Ausprägung war in der Klasse zwischen 2.000 bis unter 3.000 Euro (28,9 % der Frauen) zu beobachten. Das Medianeinkommen der Männer betrug rund 2.620 Euro, das der Frauen rund 1.980 Euro. Die zu erwarteten geschlechtsspezifischen Unterschiede beim Einkommen sind zu erkennen.

¹ Ebenfalls eingeschlossen waren geringfügig Beschäftigte sowie Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder Strukturanpassungsmaßnahmen.

- Verteilung nach Unternehmensgröße: Die meisten der Befragten befanden sich in Betrieben mit 10 bis 49 und in Betrieben mit über 500 Beschäftigten (jeweils fast 25 %) zu finden.
- Verteilung nach Branchen: etwa 25 % der befragten Personen gaben an, im Bereich „Erziehungs- und Bildungswesen, Sozial- und Gesundheitsdienste“ tätig zu sein. Es folgten die Bereiche Industrie und verarbeitendes Gewerbe mit rund 22 % und die Sonstigen Dienstleistungen mit 15 %.

1.4 Hauptergebnisse

- Die schrittweise Anhebung des gesetzlichen Rentenalters auf 67 Jahre im Zeitraum von 2012 bis 2029 wird durch die Mehrheit der Befragten kritisch beurteilt. 39,7 % bewerteten dies als sehr schlecht und 28,5 % als eher schlecht. Als sehr gut bzw. gut wird die Anhebung nur von 17,6 % bewertet.
- Aufgefunden wurde eine aus der Sicht der Bevölkerungswissenschaftler am BiB (Vergleichszahlen liegen nicht vor) hohe Bereitschaft zur Weiterbeschäftigung.
- Auf die Frage „Wollen Sie auch nach Ihrem Renten- bzw. Ruhestandseintritt noch erwerbstätig sein?“ antworteten 24,3 % mit ‚ja‘ und 23,0 % mit ‚eher ja‘. Allerdings hat die größte Gruppe der Befragten (33,6 %) mit ‚nein‘ geantwortet. 19,2 % gaben ‚eher nein‘ an.
- Ungeachtet der Diskussionen um die Konsequenzen der demographischen Alterung für die Rentenversicherung ist nach wie vor ein früher Renteneintritt erwünscht. Die Mehrheit der Befragten (60,0 %) wünscht sich einen Renteneintritt bis zum 60. Lebensjahr. Nur 9,5 % gaben an, bis zum 65. Lebensjahr weiter arbeiten zu wollen.
- Der tatsächliche Renteneintritt wird häufiger in der Nähe des 65. Lebensjahres gesehen. Die Befragten im Alter von 55 Jahren erwarteten den Renteneintritt durchschnittlich mit 63,4 Jahren. Die größte Gruppe (40,9 %) geht davon aus, erst im Alter von 65 Jahren Rentner zu werden (Alter 60: 17,0 %, Alter 63: 25,9 %).
- Ist eine Weiterbeschäftigung erwünscht, beträgt die durchschnittliche Dauer der Weiterbeschäftigung ab dem erwarteten Renteneintrittsalter 4,1 Jahre. 29,8 % wollen noch 3 Jahre arbeiten, 32,5 % gaben 5 Jahre als Zeitdauer an.
- Die Bereitschaft zur Weiterbeschäftigung geht mit dem Wunsch einher, die wöchentliche Arbeitszeit deutlich zu reduzieren. Nur 3,3 % wollen auch weiterhin 35 Stunden und mehr arbeiten. Die Mehrheit von 71,6 % bevorzugt eine Arbeitszeit zwischen 10 und 24 Stunden pro Woche.
- Hinsichtlich der Regelmäßigkeit möchte der größte Teil mit 36,7 % frei über die wöchentlichen Arbeitstage entscheiden. 24,2 % entschieden für 1 bis 2 Tage. Täglich möchte nur eine Minderheit von 5,5 % beschäftigt sein.
- Es zeigt sich ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Unternehmensgröße (Zahl der Beschäftigten) und der Bereitschaft zur Weiterbeschäftigung: Je kleiner das Unternehmen, desto höher die Bereitschaft zur Weiterbeschäftigung. In den Unternehmen mit weniger als Beschäftigten hatten 32,0 % mit ‚ja‘ geantwortet. In den mit mehr als 500 Beschäftigten waren es nur 20,3 %.

- Diejenigen, die ihre Arbeitstätigkeit als gleichförmig und monoton, gesundheitsgefährdend und als körperlich schwer einstufen, sind deutlich seltener zu einer Weiterbeschäftigung bereit. Dies gilt auch für diejenigen, denen es nach der Arbeit schwer fällt, abzuschalten.
- Vom allgemeinen Gesundheitszustand gehen unterschiedliche Einflüsse aus. Einerseits konnte der zu erwartende Effekt festgestellt werden, dass diejenigen, die ihren Gesundheitszustand als schlecht bzw. sehr schlecht einstufen, eine geringere Bereitschaft zur Weiterbeschäftigung haben. 31,3 % mit einem aus ihrer Sicht sehr guten Gesundheitszustand hatte mit ‚ja‘ geantwortet. Nur 14,3 % waren es bei denjenigen, die ihren Gesundheitszustand als sehr schlecht eingestuft hatten. Andererseits ist der Anteil der nein-Antworten höher, wenn der Gesundheitszustand als sehr schlecht eingeschätzt wird. Nicht übersehen werden sollte, dass es eine beachtliche Gruppe gibt, die trotz eines sehr guten Gesundheitszustands im Rentenalter nicht mehr erwerbstätig sein wollen.
- Bei den Gründen, die gegen eine Weiterbeschäftigung sprechen, waren das Genießen des Ruhestands und das Streben, so viel Zeit wie möglich mit der Familie zu verbringen, ausschlaggebend. Als relativ wichtig sind zudem die fehlende Fitness und die Pflicht angesehen worden, sich um die Pflege von Angehörigen zu kümmern.
- Wer sich für eine Weiterbeschäftigung entschieden hat, für den waren die Chancen, durch die Beschäftigung fitter zu bleiben und der Wunsch bedeutsam, Wissen und Erfahrungen weiterzugeben. Ebenfalls überproportional häufig wurden der Spaß an der Tätigkeit, die Verbundenheit mit dem Unternehmen, dass man sich noch zu jung fühlt oder nicht ständig zu Hause sein möchte als Gründe genannt.
- Alleinlebende haben eine höhere Weiterbeschäftigungsbereitschaft. Befragte in einem Einpersonenhaushalt wollten zu 31,1 % weiter arbeiten. Gehörte eine zweite Person zum Haushalt, reduzierte sich die Bereitschaft auf 21,3 %. Dieser Effekt tritt aber nur dann ein, wenn es sich dabei um den Partner handelt. Dies korrespondiert mit der Einstellung, nach dem Erwerbsleben für die Familie da sein zu wollen.
- Ein eindeutiger Effekt geht vom Einkommen aus. Je höher das Einkommen, desto niedriger ist die Bereitschaft für eine Weiterbeschäftigung im Rentenalter. Unter den befragten abhängigen Beschäftigten war nur eine kleine Gruppe mit sehr niedrigem Einkommen. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass in der Bevölkerung insgesamt eine Gruppe besteht, die aufgrund der finanziellen Situation gezwungen ist, auch nach Erreichen des Rentenalters weiter zu arbeiten.² Auf der anderen Seite zeigen die Ergebnisse, dass eine von allen anderen Faktoren losgelöste Erhöhung des Einkommens die Bereitschaft, länger zu arbeiten, kaum steigern würde.
- Bei der Antwort auf die Frage, in welchen Gebieten der Staat verantwortlich ist, um die Erwerbstätigkeit im Rentenalter zu erleichtern, sind zwei stark herausgehoben worden: Erstens wird erwartet, dass sich der Staat stärker bei der Schaffung flexibler Regelungen für den Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit engagiert und zweitens in stärkerem eine vorbeugende Gesundheitsfürsorge be-

² Hier wäre ein erhöhter finanzieller Druck v.a. bei den Arbeitslosen zu denken, die allerdings nicht in der Stichprobe enthalten sind.

treibt. Relativ wichtig waren darüber hinaus der Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz für Ältere, die Garantie höherer Rentenansprüche und der Abbau der Vorurteile gegenüber Älteren. Bezüglich der Garantie höherer Rentenansprüche kann allerdings vermutet werden, dass die Befragten über die rentenrechtlichen Regelungen eines verzögerten Renteneintritts nicht genügend Informationen verfügen.³

1.5 Wertung der Ergebnisse und politische Implikationen

Als eines der Hauptergebnisse der Befragung „Weiterbeschäftigung im Rentenalter“ ist einerseits der hohe Anteil derjenigen herauszustellen, die unter gewissen Bedingungen bereit sind, auch nach dem Eintritt in das Rentenalter einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Hier ist ein Potenzial gegeben, das es auch im Hinblick auf die Bewältigung der Folgen des demographischen Wandels zu nutzen gilt. Andererseits ist festgestellt worden, dass die Mehrheit der Befragten der Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters kritisch gegenüber steht. Hieraus ergibt sich eine der zentralen politischen Botschaften der Studie. Gefragt sind nicht starre gesetzliche Regelungen in Bezug auf den *Zeitpunkt* des Wechsels in den Ruhestand, sondern flexible Möglichkeiten, Renteneintritt und Weiterbeschäftigung im Rentenalter entsprechend der individuellen Gegebenheiten zu gestalten. Die methodische Einschränkung, dass Selektionsprozesse bei der Stichprobenauswahl vorliegen, sollte bei der Bewertung der Ergebnisse berücksichtigt werden. Der recht hohe Zustimmungswert hinsichtlich einer möglichen längeren Lebensarbeitszeit kann aus diesem Grund positiv verzerrt sein. Allgemeingültige Aussagen über die gesamte Bevölkerung wären unangebracht. Andererseits scheint es aber in der Bevölkerung eine Gruppe zu geben, die keine quantitative Marginalie darstellt, wenn man bedenkt, dass die geburtenstarken Jahrgänge zwischen 1955 und 1965 in absehbarer Zukunft zu den rentennahen Beschäftigten zählen werden.

Eine Weiterbeschäftigung im Rentenalter ist mit einer ganzen Reihe von positiven Aspekten verknüpft:

1. geht es auf der gesellschaftlichen Ebene darum, für die Rentenversicherung das Verhältnis von Beitragszahlern und Beitragsempfängern günstiger zu gestalten.
2. ist es für die Unternehmen wichtig, das Erfahrungswissen älterer Arbeitnehmer über einen längeren Zeitraum verfügbar zu halten. Ältere Beschäftigte sind auch in einem hohen Maß bereit, dieses Wissen an Jüngere weiterzugeben.
3. kann für die im Rentenalter Beschäftigten erreicht werden, dass über die Herausforderungen einer weiteren Erwerbstätigkeit zu einem positiven Gesundheitseffekt führen können. Fit bleiben durch Erwerbstätigkeit ist der wichtigste Grund, der zu einer Weiterbeschäftigung motiviert.

Die Potenziale der Beschäftigung älterer Menschen lassen sich aber erst dann erschließen, wenn es gelingt, eine ganze Reihe an Bedingungen zu gestalten: Dazu zählen:

- Möglichkeiten für eine individuelle Gestaltbarkeit der Erwerbstätigkeit schaffen.
Die Beschäftigten im Vorrentenalter haben sehr differenzierte Vorstellungen darüber, wie ihre Erwerbs-

³ Der monetäre Anreiz, später in Rente zu gehen, ist nicht unbeträchtlich: Wer z.B. mit 66 Jahren, also ein Jahr später als gesetzlich vorgesehen, in Altersrente geht, erhält einen Rentenzuschlag von 6 % (0,5 % pro Monat). Zusätzlich erhält der Beschäftigte ein weiteres Jahresgehalt und eine Erhöhung der persönlichen Entgeltpunkte bei der Berechnung der Rente.

tätigkeit dann aussehen soll. Das Schaffen flexibler Lösungen, um den Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit zu regeln, ist das Gebiet, in dem der Staat am stärksten in der Verantwortung gesehen wird. Folgende Erwartungen sollten mit flexiblen Regelungen erfüllt werden:

- Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit. Ein gleitender Übergang in den Ruhestand scheint gegenüber dem so genannten Blockmodell der vorzuziehende Ansatz zu sein.
- Reduzierung der Arbeitstage je Woche.
- Keine Bindung an Arbeitsort und -platz vorschreiben.
- Individuellen Entscheidungsspielraum über Arbeitszeit und -inhalt zulassen.
- Die zukünftige Dauer der Weiterbeschäftigung, gekoppelt an einem bestimmten und damit starren Zeitpunkt des Ausstiegs, nicht festlegen.
- Die Bereitschaft zur Weiterbeschäftigung bis zum bzw. im Rentenalter fördern
Der gewünschte Renteneintritt liegt nach wie vor deutlich vor dem gesetzlichen Renteneintrittsalter. Wenn es gelingt, die motivierenden Faktoren zu einer Weiterbeschäftigung (man wird gebraucht und geschätzt, das Erfahrungswissen wird an die Jüngeren im Betrieb weitergegeben) besser zu vermitteln, kann die Akzeptanz der gesetzlichen Regelung erhöht werden.
- Unternehmensverbundenheit stärken.
Die Verbundenheit mit dem Unternehmen befördert die Bereitschaft zu einer Weiterbeschäftigung im Rentenalter. Dies kann nur auf betrieblicher Ebene (evtl. auch über Tarifverträge) geschehen. Der Staat kann (und soll) an dieser Stelle nicht direkt eingreifen, allerdings kann er günstige Rahmenbedingungen schaffen.
- Flexibilität in großen Unternehmen erhöhen.
Je kleiner die Unternehmen sind, desto größer ist die Bereitschaft zur Weiterbeschäftigung. Die Vermutung liegt nah, dass die Verbundenheit in kleinen und mittleren Unternehmen allgemein höher ist als in großen Unternehmen. Möglicherweise erhalten Beschäftigte in kleineren Unternehmen eine höhere Wertschätzung ihrer Arbeit, der individuelle Beitrag zum Unternehmenserfolg ist eher sichtbar als in großen Unternehmen.
- Weiterbildungen gezielt für die Vorbereitung auf die Weiterbeschäftigung nutzen.
Die vorliegenden Ergebnisse haben keinen signifikanten Zusammenhang zwischen Weiterbeschäftigungsbereitschaft und Weiterbildung gezeigt. Es ist anzunehmen, dass die Weiterbildungen nicht gezielt auf die Weiterbeschäftigung ausgerichtet sind.
- Vorbeugende Gesundheitsfürsorge verbessern.
Eine vorbeugende Gesundheitsfürsorge zu betreiben, wird dem Staat als zweitwichtigste Aufgabe bei der Gestaltung der Bedingungen zugewiesen, die eine Weiterbeschäftigung im Rentenalter erleichtern. Mit diesem Ergebnis korrespondiert, dass mit einem schlechten Gesundheitszustand die Bereitschaft zur Weiterarbeit sinkt. Daneben ist die Einschätzung, sich nicht mehr fit genug fühlen, einer der wichtigsten Gründe, die zu einer Entscheidung gegen eine Weiterbeschäftigung führen.
- Das Altenbild in der Gesellschaft im Hinblick auf die Potenziale älterer Menschen ausgestalten.
Der Staat wird in einem hohen Maße in der Verantwortung gesehen, wenn es gilt, Vorurteile gegenüber Älteren abzubauen. Es ist zu erwarten, dass ältere Menschen noch stärker bereit sind, ihre

Erfahrungen weiter zu geben, wenn vor dem Hintergrund eines positiven gesellschaftlichen Altenbildes sich das Interesse an solchen Erfahrungen verstärkt.

- Potenziale lassen sich nicht überall erschließen.
Es gibt wie gezeigt eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die die Entscheidung für eine Weiterbeschäftigung im Rentenalter erleichtern können. Die Ergebnisse zeigen aber auch, dass bei körperlich schweren oder die Gesundheit gefährdenden Arbeitsbedingungen kaum Potenziale für eine Weiterbeschäftigung vorhanden sind.

1.6 Weitere Vorgehensweise

- **Auswertung und Veröffentlichung der vorliegenden Daten**
Bis zum Ende des Jahres 2009 werden die Daten wissenschaftlich differenzierter aufbereitet. Eine gemeinsame Abschlussveröffentlichung von Mitarbeitern des BiB, den Kooperationspartnern an der SRH Hochschule Berlin und der Leuphana Universität Lüneburg sind für Januar 2010 geplant. Vorab sind zwei Artikel in den BiB-Mitteilungen und ein Beitrag im Behördenspiegel vorgesehen.
- **Weitere Forschung**
Die Forschungen zu den Einstellungen gegenüber einer Weiterbeschäftigung im Rentenalter und den dafür zu schaffenden Bedingungen stehen in Deutschland noch am Anfang. Da es sich bei den Rentnern der Zukunft um ein bereits beträchtliches und weiter anwachsendes Potenzial handelt, sollte eine weiterführende Forschung unbedingt geleistet werden.
Dies ist aus der wissenschaftlichen Sicht am besten möglich, wenn eine Panelstudie zu den Potenzialen im Rentenalter konzipiert wird. Die bisherige Zusammenarbeit mit der SRH Hochschule soll fortgesetzt werden.